

**Ausgerechnet die FDP-Fraktion ist empört über das Ende von Hachez und will im Parlament darüber reden. Wird sie die Verstaatlichung Bremer Konzerne fordern? Auch diffus: der Himmel bei 4 bis 15 Grad**

## Gute Prognose für Rassisten

Im Prozess gegen Sascha T. geht es um schwere Brandstiftung, wohl aus fremdenfeindlichen Motiven, die Strafe dürfte aber gering ausfallen

Von Gareth Joswig

Im Prozess um einen mutmaßlich rassistischen Brandanschlag haben Staatsanwaltschaft und Verteidigung Bewährungsstrafen für den Angeklagten Sascha T. gefordert. T. wird versuchte schwere Brandstiftung vorgeworfen. Er soll sich 2012 mit Freunden im Stadtteil Woltmershausen betrunken, „Ausländer raus“ gebrüllt und sein mit Grillanzünder getränktes T-Shirt vor der Haustür einer deutsch-türkischen Familie angezündet haben – in dem Haus schliefen auch sieben Kinder.

Im Lauf des Prozesses hatte sich bereits abgezeichnet, dass sich die Verschleppung der Anklage vor dem Landgericht Bremen strafmildernd auswirken würde. Hinzu komme laut Schlussplädoyer der Staatsanwaltschaft, dass T. alkoholisiert gewesen und kein größerer Schaden entstanden sei. Die Staatsanwaltschaft forderte zwei Jahre auf Bewährung, die Verteidigung forderte eine noch geringere Bewährungsstrafe.

Eines war dem Angeklagten allerdings bereits vor den Plädoyers am Freitag klar: Er sei ein Opfer – und zwar von der taz-Berichterstattung. „Was für einen Quatsch die damals schon geschrieben haben. Hätten wir Molotow-Cocktails geworfen, würde die Bude doch gar nicht mehr stehen“, sagte T., ehe er in den Gerichtssaal ging. „Allein die Überschrift!“ Die lautete: „Saufen, grillen, abfackeln“. Diese Überschrift gab es wirklich, von Molotow-Cocktails hatte die taz allerdings nichts geschrieben.

Die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung stimmten in einem Punkt überein: Erst habe T. mit Freunden beim Grillen viel getrunken, sich dann in Aggressionen gegen die Familie C. hineingesteigert und schließlich spät nachts sein mit Grillanzünder getränktes T-Shirt vor deren Haustür angezündet. Unstrittig ist auch, dass T., nachdem das Feuer vom Bewohner Fatih C. gelöscht wurde, noch mal mit einer Holzlatte zum Haus ging und ein Fenster einschlug. Nicht nur saufen, grillen, abfackeln, sondern auch: noch mal hingehen und wenigstens noch die Scheibe einschlagen.

Aus Sicht der Verteidigung hätten nur externe Faktoren zur Tat geführt: Ein Freund habe die Stimmung angeheizt und dann sei noch ein Familienmitglied der C.s vorbeigelaufen – „Zwei Personen waren zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort“, sagte T.s Verteidiger.

Die Staatsanwaltschaft interpretierte die „Ausländer raus“-Rufe im Zusammenhang mit der versuchten Brandstiftung als Volksverhetzung. Dennoch forderte sie nur zwei Jahre auf Bewährung. Der Angeklagte habe schließlich einen Job und eine „günstige Sozialprognose“, sagte die Staatsanwältin. Als sie außerdem eine Geldstrafe von 3.000 Euro für einen Hilfsverein für Geflüchtete forderte, war von der Familie des Angeklagten aus dem Zuschauerraum zu hören: „War ja klar, denen wird wieder alles in den Arsch geblasen.“ Ein Urteil soll am kommenden Dienstag fallen.

## Vom Schlachthof nach Auschwitz

Vor 75 Jahren wurden fast 300 Sinti und Roma aus Norddeutschland im Bremer Schlachthof eingesperrt und anschließend nach Auschwitz deportiert. Unzählige Quellen, die die Verstrickung der Behörden dokumentieren, liegen noch immer unausgewertet in den Archiven der Stadt



Gedenkort am Schlachthof. Seit 23 Jahren erinnert diese Tafel an die deportierten Sinti und Roma. Foto: Kulturzentrum Schlachthof

Von Ralf Lorenzen

Aus diesem Wochenende werden wieder viele Menschen an der Metallplatte vorbeikommen, die seit 23 Jahren an der Auffahrt zum Kulturzentrum Schlachthof steht. Tagsüber die Skater, abends die Besucher des Phillip-Boa-Konzerts. Rostrot ist die Platte, mit Spuren versuchter Schändungen, die die eingefrästen Buchstaben nicht überdecken konnten: „Im März 1943 wurden Sinti und Roma aus Bremen und Norddeutschland vom Gelände des Schlachthofes aus in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert“, lautet der erste Satz. 75 Jahre ist das jetzt her und darum werden an diesem Samstag der Vorsitzende des Bremer Sinti-Vereins, Hermann Ernst, und andere Sinti und Roma aus Bremen und Bremerhaven herkommen und einen Kranz niederlegen. „Das Leid ist für die Nachfahren der Opfer und Überlebenden immer noch spürbar“, sagt Ernst. „Deshalb ist es so wichtig für uns, an Tagen wie diesen gemeinsam an die Geschichte zu erinnern und der Opfer zu gedenken.“

„Der 8. März 1943. Ein Tag, den ich wohl niemals vergessen werde“, sagte der Sinto Rudolf Franz 1961 im Ermittlungsverfahren gegen den Leiter des „Zigeunerdezernats“ bei der Bremer Kriminalpolizei, Wilhelm Münder. „Etwa gegen 7.00 Uhr morgens wurden meine Mutter, eine meiner Schwestern mit ihren beiden Kindern und ich selbst aus unserer Wohnung heraus von uniformierten und mit Karabinern bewaffneten Polizeibeamten verhaftet und zu der Polizeiwache in der Westerstraße gebracht.“ Von dort ging es weiter zum Schlachthof auf der Bürgerweide, wo fast 300 deutsche Sinti und Roma aus dem Kripo-Leitstellengebiet Bremen, das weite Teile Nordwestdeutschlands bis nach Ostfriesland umfasste, zusammengepackt wurden. Die Polizisten erzählten ihnen, man werde sie mit ihren Familien in Polen neu ansiedeln. Viele wollten es nur zu gern glauben, obwohl sie nur das Nötigste mitnehmen durften.

Szenen wie am Bremer Schlachthof spielten sich im März 1943 überall in Deutschland in bahnhofsnahe Hallen ab. Die Nazis begannen, den sogenannten Auschwitz-Erlass Himmlers vom 16. 12. 1942 umzusetzen, etwa 23.000 Menschen in das sogenannte „Zigeunerfamilienlager“ verschleppt. Die Wenigsten haben überlebt.

Fast alles, was heute über die Umstände der Verfolgung der Sinti und Roma in Bremen und Bremerhaven bekannt ist, hat der in Bremen geborene Historiker Hans Hesse erforscht und 1999 mit Jens Schreiber in dem Buch „Vom Schlachthof nach Auschwitz“ veröffentlicht. Seitdem ist in der Forschung zu diesem Thema kaum etwas passiert. Unzählige Quellen, die die Verstrickung von Polizei, Gesundheits-, Finanz- und Bildungsbehörden dokumentieren, liegen unausgewertet in den Archiven.

Hesse hat die Spur also selbst wieder aufgenommen. Vor Kurzem veröffentlichte er in einem Aufsatz erstmals die Namen der 158 Bremer Sinti und Roma, die im März 1943 über den Schlachthof nach Auschwitz deportiert wurden. Gefunden hat er sie in den Bremer Zeitungen vom 27. Juni 1943, die bekannt machten, dass „das inländische bzw. hinterlassene Vermögen der nachstehenden Personen zugunsten des Deutschen Reiches“ eingezogen werde.

Die Gedenkstätten für die Sinti und Roma in Bremen haben sich, wie auch die Forschung, in den letzten 20 Jahren nicht weiterentwickelt. Andere Städte sind da weiter – so wurde in Hamburg im vergangenen Jahr am dortigen Deportationsbahnhof, dem Hannoverschen Bahnhof, gemeinsam mit den Opfergruppen ein Gedenkort mit geplantem Dokumentationszentrum eingeweiht.

„Bremen sollte sich Hamburg zum Vorbild nehmen“, sagte Hans Hesse der taz. „Die Voraussetzungen sind sogar besser als am Hannoverschen Bahnhof. Hier gibt es das Kulturzentrum schon – mit einer Dauerausstellung, die den Schlachthof als Tatort und den Bahnhof als Deportationsort thematisiert, könnte eine ganz neue Verbindung entstehen.“

Gedenken an die Deportation der Sinti und Roma: 10. 3., 15 Uhr, auf dem Vorplatz des Kulturzentrums Schlachthof, Findorffstraße 51

### nachrichten

#### Großrazzia I

Bei einer Razzia gegen gewaltbereite Fußballfans hat die Polizei 39 Wohnungen in NRW, Niedersachsen und Bremen durchsucht. Hintergrund sind Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs nach der Bundesligapartie zwischen dem SV Werder Bremen und Mainz 05 im vergangenen Dezember. Damals kam es in Bremen nach dem Spiel zu einer schwe-

ren Schlägerei, bei der mehrere Menschen verletzt wurden. Im Steintorviertel griffen Ultras die Kneipe „Schänke“ an. Bei den Gästen soll es sich nach Polizeiangaben um Mitglieder der Hooliganszene gehandelt haben. Die Durchsuchungen vom frühen Freitagmorgen richteten sich sowohl gegen Anhänger der Ultra- als auch gegen Anhänger der Hooliganszene, hieß es. (dpa)

#### LehrerInnen sollen länger arbeiten dürfen

Die Grünen-Fraktion will die freiwillige Weiterarbeit von LehrerInnen über die Ruhestandsgrenze hinaus rechtlich absichern. Vorgesehen ist eine Änderung des Beamtengesetzes, durch die LehrerInnen ihre Pensionierung um bis zu fünf Jahre hinausschieben können. Damit können LehrerInnen ihre Lebensarbeitszeit zu ihren bis-

herigen Bedingungen zunächst für ein oder zwei Jahre und in einem zweiten Schritt für bis zu drei weitere Jahre verlängern. Eine entsprechende Gesetzesnovelle hat die Koalition jetzt auf grüne Initiative ins Parlament eingebracht. (taz)

#### Großrazzia II

Mit einer Großrazzia ist die Polizei am Mittwochabend gegen mutmaßliche Drogenhänd-

ler in der Grohner Düne in Vegesack vorgegangen. 30 Personen wurden überprüf. Rund 60 Beamte fanden bei der Durchsuchung von drei gastronomischen Betrieben laut Polizei 100 Gramm Cannabis und „etwas Marihuana.“ Laut Weser-Kurier wertet die Polizei den Einsatz dennoch nicht als erfolglos, da der Einsatz „auch ein Signal in Richtung Drogenhandel“ sein sollte. (taz)

#### Grüne Welle für Radler

Die neue Radroute zwischen Innenstadt und Uni soll durch eine „grüne Welle“ an den Knotenpunkten Rembertistraße/Rembertierung sowie An der Weide schneller werden. Auf Basis einer Machbarkeitsstudie hat das Amt für Straßen und Verkehr bereits ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet. Das geht aus einer Vorlage für die Verkehrsdeputation hervor. (taz)